
Vielfalt und Ungleichheit?

Plädoyer für eine Synthese von Umverteilung und Anerkennung

Alexandra Weiss

1 Einleitung

Spätestens seit den 1980er Jahren ist eine Verschärfung der Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen zu konstatieren. In fast allen Ländern ist ein Rückgang des Anteils der Lohnneinkommen am gesamten Volkseinkommen, bei einer gleichzeitigen Zunahme und Konzentration von Finanz- und Immobilienvermögen und eine zunehmende Spreizung zwischen hohen und mittleren bzw. niedrigen Einkommen zu beobachten (Marterbauer 2011, S. 26ff.). In Österreich ging beispielsweise die Lohnquote zwischen 1978 und 2008 von 77,7 % auf 66,8 % zurück (Guger et al. 2009, S. 24).

Gleichzeitig löste der Begriff der Anerkennung jenen der Umverteilung und der sozialen Gerechtigkeit zunehmend ab – nicht zuletzt durch die Umwälzungen eines globalisierten Kapitalismus, der „transkulturelle Begegnungen vervielfacht, eingespielte Interpretationsschemata aufbricht, Werthorizonte pluralisiert und soziale Identitäten und Differenzen politisiert“ (Fraser und Honneth 2003, S. 7). Bemerkenswert ist aber, dass das Verhältnis der Anerkennung zur Umverteilung und damit zur Fragen des sozialen Ausgleichs weitgehend unthematisiert geblieben ist.

Mit der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren wurde das Modell des fordistischen (Sozial-)Staates mit seiner Politik der Vollbeschäftigung, des Deficit Spending, der umfassenden sozialen Sicherung, der nachfrageorientierten und interventionistischen Wirtschafts-, Fiskal- und Steuerpolitik zunehmend in Frage gestellt und schließlich delegitimiert. Ab den 1990er Jahren konnten neoliberale Politikkonzepte einen nahezu unwidersprochenen Siegeszug antreten. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus kam die Rede vom Ende der Geschichte, gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus schienen immer undenkbarer und die (europäische) Sozialdemokratie büßte ihre ‚historische Funktion‘ – die Angst vor dem Kommunismus in sozialen Fortschritt zu transformieren (Mahnkopf 2000,

S. 489) – ein. An die Stelle der Systemkonkurrenz trat der Standortwettbewerb; sozialer Ausgleich und die Demokratisierung des Kapitalismus verloren nicht nur an Bedeutung, sie wurden vielmehr als Ursache für die Krise ausgemacht. Die Rede vom keynesianschen Wohlfahrtsstaat mit seiner die persönliche Freiheit begrenzenden Staatsbürokratie (vgl. Hayek 1945) feierte sein Comeback gerade in dem historischen Augenblick als sich unter anderem die Frauenbewegung daran machte die Ausschlüsse des fordistischen Modells zu politisieren und damit das Postulat der Gleichheit auszudehnen und um eine Politik der Anerkennung zu erweitern.

Kritische und feministische Theorie und Praxis setzte dem in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten nur wenig entgegen. Während sich – zugespitzt formuliert – die politische Praxis, vor allem die staatsfeministische Variante, auf eine Beteiligung im Gegebenen¹ zurückzog und Bewegungspolitik an Bedeutung verlor, entwickelte sich im (dominanten) akademischen Feminismus eine ‚Theorie ohne Praxis‘, die eine mögliche Anbindung an feministische Politik, die Frauenbewegung, ihre Projekte und Institutionen in weiten Teilen nicht einmal mehr in Betracht zog. Es kam es zu einer „Überlagerung einer gesellschaftstheoretischen durch eine kulturtheoretische Terminologie und [... einem] Dominant-werden konstruktivistischer und sprachtheoretischer Theorievarianten“ (Becker-Schmidt und Knapp 2003, S. 112), die als Reaktion auf ökonomistische Verkürzungen linker Gesellschaftskritik, -politik und -theorie gelesen werden kann (Becker-Schmidt und Knapp 2003, S. 112). Die Gründe dafür dürften aber vielfältiger sein: Neben den lose gewordenen Verbindungen zwischen feministischer Theoriebildung, institutioneller Frauen- / Geschlechterpolitik und der politischen Praxis der Bewegung, deren große Erfolge und Mobilisierungsfähigkeit gegen Mitte der 1980er Jahre schwanden, sind es auch Anpassungsleistungen die vollzogen wurden. Denn die Verankerung von Gender Studies im Wissenschaftsbetrieb konnte mit einer kulturtheoretischen Orientierung und weitgehend ‚befreit‘ von (neo-)marxistischen Theorietraditionen im Kontext neoliberaler Hegemonie leichter gelingen.

Die von Nancy Fraser (1994, S. 222) schon Ende der 1980er Jahre formulierte Prognose (oder Aufforderung), dass sich, angesichts des Zusammentreffens von

1 Seit den 1990er Jahren war staatliche Frauenpolitik – nicht zuletzt durch den Einfluss der Europäischen Union und ihrer Gleichstellungspolitik – geprägt von einem Austragen geschlechterpolitischer Konflikte vor Gerichtshöfen. Dominant wurde die rechtliche Regelung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsansprüchen, während materielle Gleichheit und Umverteilungspolitiken aus dem Blick gerieten. Gleichbehandlungsgesetze, Quoten für Universitäts- oder Aufsichtsräte – wenn auch ohne Zweifel gerechtfertigt – lassen die soziale Ungleichheit und ethnische Differenzen zwischen Frauen außer Acht. Sie zielen vor allem auf eine privilegierte Gruppe von Frauen und passen sich insofern in neoliberale Politikkonzepte ein.

Finanzkrise und einer Feminisierung der Armut, Kämpfe um soziale Sicherung zu einem Schwerpunkt für Feministinnen entwickeln werden und sollten, traf sich weder mit den zunehmend institutionalisierten Gender Studies noch mit der frauen-/geschlechterpolitischen Praxis. Kaum zehn Jahre später stellt sie fest, dass sich der Kampf um Anerkennung zur paradigmatischen Form des politischen Konflikts entwickelt hatte. Kulturelle Dominanz löste Ausbeutung als Elementarform der Ungerechtigkeit ab und verdrängt sozioökonomische Umverteilung als Ziel des politischen Kampfes – und das in einer Zeit verschärfter materieller Ungleichheit (Fraser 2001, S. 23).

Dies zum Ausgangspunkt nehmend möchte der Beitrag der Frage nachgehen, wie es zu dieser Verdrängung kam. In einem ersten Schritt wird die (1) Entwicklung staatsbürgerlicher Rechte, ihr materieller Gehalt im Übergang vom fordistischen zum postfordistischen Kapitalismus nachgezeichnet und die Problematik des heute dominanten individualistischen Freiheitsbegriffes herausgearbeitet, der gegen das fordistische Gleichheitspostulat in Stellung gebracht wurde. Im Anschluss daran folgt (2) eine Auseinandersetzung mit der Einverleibung der Kritik sozialer Bewegungen im Restrukturierungsprozess des in den 1970er/-80er Jahren in eine ökonomische und politisch-legitimierende Krise geratenen fordistischen Kapitalismus. Dabei ist es die spezifische Desartikulation der Kritiken, die eine Indienstnahme der kritischen Praxen für den Kapitalismus möglich machte. Beispielhaft wird in diesem Abschnitt auf die Politik der Europäischen Union zu Armut und sozialer Ausgrenzung sowie sozialer Kohäsion als auch zu Gleichstellung und Antidiskriminierung eingegangen. Abschließend wird (3) für eine Artikulation von Freiheit und Gleichheit als sich gegenseitig bedingende Werte plädiert.

2 Staatsbürgerschaft: Das Verhältnis von Gleichheit und Freiheit

Freiheit und Gleichheit sind neben der Solidarität die zwei wesentlichen Elemente der Konzeption moderner Staatsbürgerschaft. Der Anspruch des politischen Universalismus der Moderne und der Aufklärung war aber von Beginn an durch eine Reihe von Ausschlüssen gebrochen, das Verständnis und die Interpretation der beiden Werte war (und ist) umstritten (vgl. Marshall 1992). Die Ausgestaltung staatsbürgerlicher Rechte und ihr materieller Gehalt sind insofern Resultat sozialer Kämpfe; so sind die Frauen- ebenso wie die Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts angetreten die ‚gebrochenen Versprechen‘ der bürgerlichen Revolutionen einzuklagen.

Dabei ist auch von Interesse, dass gerade soziale Rechte als historisch jüngste Staatsbürgerrechte, bis Ende des 19. Jahrhunderts als unvereinbar mit dem Status des (autonomen, männlichen) Bürgers betrachtet und Gleichheit vor allem als Gleichheit vor dem Gesetz verstanden wurde. Gerade der Armenschutz im 19. Jahrhundert führte zum Ausschluss von den politischen Rechten und zur Beschneidung persönlicher Freiheit – die wenn auch marginalen sozialen Rechte wurden vom Staatsbürgerstatus abgetrennt: Das Armenrecht war nicht integraler Bestandteil der Rechte von Bürgern, sondern eine Alternative zu ihnen (Marshall 1992, S. 49f.). Deshalb war sozialer Schutz weitgehend auf Frauen und Kinder beschränkt. Frauen wurden aber gerade deshalb geschützt, weil sie keine ‚Bürger‘ waren, wie Marshall anmerkt (Marshall 1992, S. 50) und weil damit ein bestimmtes politisches Interesse verfolgt wurde. Es ging dabei weniger um die Etablierung sozialer Rechte für Frauen, sondern die Restauration patriarchaler Familienstrukturen, die im Sinne einer christlich-konservativen Ideologie durch die Ausbreitung der weiblichen Lohnarbeit als gefährdet betrachtet wurde. Prägend für Sozialpolitik war also auch eine bestimmte Geschlechterpolitik, die insbesondere in den konservativ-korporatistischen Sozialstaaten, eine Familialisierungspolitik war, die Frauen ihres liberalen Subjektstatus beraubte (Neyer 1997, S. 245f.).

Die Geschichte staatsbürgerlicher Rechte zeigt ihre Interdependenz und die Notwendigkeit einer Balance für eine demokratische Gesellschaftsordnung: ohne politische Rechte und persönliche Freiheit gehen soziale Schutzrechte mit Fremdbestimmung und Unterordnung einher, ebenso, wie politische und Freiheitsrechte ohne soziale Rechte nur eine eingeschränkte Wirkung entfalten können (Weiss 2012, S. 259ff.).

Wie haben sich nun aber staatsbürgerliche Rechte im Übergang vom fordistischen zum postfordistischen Kapitalismus entwickelt? Der Restrukturierungsprozess des Kapitalismus seit seiner Krise ab den 1970er Jahren brachte sowohl ein neues Akkumulationsregime, als auch neue soziale, politische Regulations- und Vergesellschaftungsweisen hervor, die in einem engen Zusammenhang mit dem materiellen Gehalt von staatsbürgerlichen Rechten und gesellschaftlichen Grundwerten stehen. Brachte der Fordismus mit seinem *Golden Age of Welfare State* eine bis dahin nie dagewesene Dekommodifizierung der (männlichen, ‚inländischen‘) Arbeitskraft und eine politische Integration der abhängig Beschäftigten – Christine Buci-Glucksmann und Göran Therborn (1982) sprechen etwa davon, dass der (sozialdemokratische) Staat erstmals und zunehmend zu einem „Staat des gesamten Volkes“ (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, S. 118f) wurde – so geht der postfordistische Kapitalismus mit einer Rückbindung der Arbeitskraft an die Risiken des Marktes und einer zunehmenden sozialen und politischen Desintegration einher.

Mit dem Begriff des Staatsbürgerschaftsregimes² fassen Jane Jenson und Susan Phillips (1996) die Merkmale des fordistischen wie des postfordistischen Regimes sowie die Veränderungen staatsbürgerlicher Rechte im Übergang. Das Staatsbürgerschaftsregime formt jeweils „die institutionellen Arrangements, die Regeln und die Konzeptionen, die im Hinblick auf gegenwärtige Policy-Entscheidungen, Staatsausgaben und Problemdefinitionen von Staaten und BürgerInnen sowie für die Forderungen der BürgerInnen einflussreich sind“ (Phillips 1996, S. 518). Der Raum, in dem Auseinandersetzungen ausgetragen sowie Institutionen und Rechte herausgebildet werden, ist – wie beim Sozialstaat – der Nationalstaat. Den Fordismus kennzeichnet dabei ein Staatsbürgerschaftsregime, das dem Staat eine bedeutende Rolle in der Regulierung sozialer Verhältnisse zuschreibt; zentraler Wert war das Prinzip der Gleichheit und der sozialen Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder (Jenson 1997, S. 232).

Die StaatsbürgerInnen erhielten neue soziale und ökonomische Rechte und es wurden Anstrengungen unternommen, einen gleichberechtigten Zugang zur politischen Macht herzustellen (Jenson und Phillips 1996, S. 529). Weil aber Klassenakteure die vorrangigen gesellschaftlichen Protagonisten des fordistischen Modells waren, war der grundlegende Diskurs ein sozialer, der auf Gleichheit im Klassenverhältnis abzielte. Ethnizität (vgl. z. B. Karazman-Morawetz et al. 2000) und Geschlecht (vgl. z. B. Kreisky 1995 oder Cyba 2000) wurden – vorerst – nicht als Kategorien gefasst, die im politischen Diskurs und in der Ausgestaltung der Institutionen eine Rolle spielten. Geschlechter- und ethnische Verhältnisse wurden vielmehr ‚mitverhandelt‘ – ohne, dass sie als solche thematisiert worden wären oder die betroffenen Gruppen am Verhandlungstisch gesessen wären. Die sozialpartnerschaftliche Gestaltung des Wohlfahrtsstaates erzeugte so ein spezifisches Geschlechter- und Migrations- / Integrationsregime (durch Familienlohn, Hausfrauenehe, „Gastarbeiter“-Modell, Ius Sanguinis bzw. Abstammungsprinzip³ etc.), das eine Nachrangigkeit der Interessen von Frauen und MigrantInnen etablierte. Sozialer Fortschritt bestand also wesentlich darin, das bürgerliche Familienmo-

2 Jenson und Phillips (1996) entwickelten Mitte der 1990er Jahren in Anlehnung an die Wohlfahrtsstaatsregime von Gøsta Esping-Andersen (1998a) den Begriff des Staatsbürgerschaftsregimes. Die Autorinnen betonen, dass sie keine Typologisierung von Regimes, wie Esping-Andersen, anstreben. Die Entwicklung der Begrifflichkeit entstammt einer Fallstudie und basiert nicht auf einem Vergleich verschiedener Länder, sondern auf einem historischen und geschlechterdifferenzierenden Vergleich (Jenson und Phillips, S. 518).

3 Das Ius Sanguinis bzw. Abstammungsprinzip beruht darauf, dass Kinder die Staatsbürgerschaft der Eltern erhalten. Im Gegensatz dazu steht das Territorialprinzip, bei dem der Geburtsort ausschlaggebend ist.

dell auf ArbeiterInnen der ethnischen Majorität auszudehnen. Der fordistische Modellbürger, dem die neuen Rechte zukommen sollen, war dementsprechend ein männlicher, weißer Bürger: der ‚inländische‘ Lohnarbeiter.

Rechte von anderen Kategorien von Bürgern existierten als Abweichung von dieser ursprünglichen Form. Andere Lebenssituationen existierten im Verhältnis zur Lohnarbeit: Rentner waren „alte“ Arbeiter, Arbeitslosenunterstützung bezogen die „ohne Arbeit“, Bildung und Ausbildung zielte auf die „jungen und potenziellen Arbeiter“. Tätigkeiten, die sich nicht auf bezahlte Arbeit bezogen (etwa das Gebären und Erziehen von Kindern), wurden entweder in separaten – und minderwertigen – Programmen verhandelt oder als Unterstützung für „Familien von Arbeitern“ gefasst (Jenson 1997, S. 237).

Insofern war der Fordismus von einer Universalisierung der Bedürfnisse dieses Modellbürgers geprägt, die sich in den Institutionen des Sozialstaates, aber auch in der Lebensweise niederschlugen. Gerade jene Institutionen, die die BürgerInnen repräsentieren sollten – Parteien, Gewerkschaften und Verbände –, repräsentierten in erster Linie männliche Interessen und waren auch von ‚inländischen‘ Männern dominiert (Jenson 1997, S. 237; vgl. dazu auch Haug 1996 und Orloff 1993). Die spezifische Art der Repräsentation förderte aber auch eine Passivierung der BürgerInnen und sorgte für eine Entradikalisierung von Klassenkämpfen. Es ist eine Stellvertretungspolitik, die an Stelle einer ehemals vielfältigen Arbeiterbewegungskultur eine entpolitisierte ‚Eigenheimkultur‘ etablierte (Weiss 2012, S. 94ff.).

Aufgebrochen wurde diese Stellvertretungspolitik und die Verengung auf den ‚fordistischen Modellbürger‘ durch die ab den 1960er/-70er Jahren aufkommenden sozialen Bewegungen. Vorstellungen über gesellschaftliche Werte sowie die Verhandlungen über Kompromisse und Regeln konstituierten sich nicht (mehr) nur durch staatliches oder zwischenstaatliches Handeln in den entsprechenden Institutionen, sie wurden auch von sozialen Bewegungen konzipiert und eingesetzt. So richteten u. a. die Aktivistinnen der Frauenbewegung – unter Berufung auf die Prinzipien des fordistischen Staatsbürgerschaftsregimes – ihre Forderungen als Staatsbürgerinnen an den Staat, damit sich dieser mit ihnen „gegen Formen privater Macht, sei es des Marktes, der Unternehmer oder individueller Männer verbünde“ (Jenson 1997, S. 239). Auch wenn sich die Forderungen der Frauenbewegungen niemals nur an den Staat richteten, wurde von den meisten Strömungen in Westeuropa dem Staat eine wesentliche Rolle in der Durchsetzung geschlechterdemokratischer Reformen zuerkannt. Denn, obwohl das fordistische Modell ein explizit männliches, an der ethnischen Mehrheit ausgerichtetes Modell war, lieferte es doch Ansatzpunkte, Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur auf das Klassenverhältnis zu beziehen. So kam es ab den 1970er Jahren zu einer zunehmenden Feminisierung des Gehalts

bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte (Jenson 1997, S. 235, 239) (etwa durch Familien- und Eherechtsreformen, der Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruches, Gleichbehandlungsgesetzen in Bezug auf das Einkommen oder Quotenregelungen in politischen Parteien).

Kaum zum Tragen kam die Politik der Inklusion allerdings im Bereich der Migration. Bis in die späten 1980er Jahre war Migrationspolitik in Österreich wesentlich durch die Sozialpartnerschaft bestimmt und damit an Konjunkturerfordernissen ausgerichtet. Eckpfeiler dieser Politik waren ein erklärtes „Inländerprimat“, also die Behandlung von ArbeitsmigrantInnen als Verschubmasse am Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktkrisen der 1970er und 1980er Jahre wurden so zu einem großen Teil auf Kosten der ausländischen Arbeitskräfte abgefedert (Karazman-Morawetz et al. 2000, S. 70f.). Aber auch auf der rechtlichen Ebene schlug sich diese Haltung nieder. So wurde zwar im Bereich der Interessenvertretung seit 1974 das aktive Wahlrecht für MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft umgesetzt, das passive Wahlrecht zu den Betriebsratskörperschaften wurde aber erst 2006 auf ausländische StaatsbürgerInnen ausgedehnt und damit die gegen europa- und menschenrechtliche Bestimmungen verstoßende Gesetzeslage saniert⁴. Auf lokaler Ebene gibt es nach wie vor kein aktives und passives Wahlrecht für Drittstaatsangehörige (Valchars 2007, S. 127f.).

Die ersten Erfolge und Anstöße für weitergehende demokratiepolitische Reformen, insbesondere im Bereich der Geschlechterpolitik, waren eben zu verzeichnen, als das fordistische Regime in eine (ökonomische) Krise⁵ geriet. Die Folge war eine widersprüchliche Rekonstituierung von Geschlechterverhältnissen – nicht zuletzt als Ressource eines deregulierten Arbeitsmarktes. Der Übergang von einer (dominant) keynesianischen zu einer monetaristischen Wirtschaftspolitik, zog umfassende Veränderungen nach sich, die nicht von den sozialen Verhältnissen und normativen Werten isoliert zu betrachten sind (Jenson 1997, S. 232ff.). Mit der Verlagerung des Schwerpunktes wirtschaftlicher Dynamik – unter dem Einfluss der globalen Deregulierung der Finanzmärkte – vom Massenkonsum hin zu den Aktienmärkten verschwand offenbar auch eine wichtige Triebfeder für soziale Inklusion und Gleichstellung (z. B. Crouch 2008). Die Integration der Reproduktion der Arbeitskraft in den kapitalistischen Verwertungsprozess (durch Massenkaufkraft

4 Zu betonen ist, dass dies erst nach einer Reihe von Verurteilungen durch unterschiedliche nationale und internationale Gerichte und Gremien geschah (Valchars 2007, S. 128).

5 Die Krise des Fordismus ist nicht nur durch eine ökonomische, sondern auch eine (politische und kulturelle) Hegemonie-Krise gekennzeichnet. Signal dafür sind die (neuen) sozialen Bewegungen seit den 1960er Jahren. Hegemonie- und ökonomische Krise treten also nicht zeitgleich auf (Weiss 2012, S. 113ff.).

und Massenkonsum) wurde im Finanzmarktkapitalismus für die ökonomische Entwicklung nachrangig.

Mit Schaffung neuer atypischer und prekärer Arbeitsverhältnisse ging die postfordistische Ära mit einer Rückkoppelung abhängiger Arbeit an Marktrisiken einher. Verhandelt wird, so Klaus Dörre, allenfalls um den Grad der Unsicherheit, der den „ArbeitskraftbesitzerInnen“ zugemutet werden kann und soll (Dörre 2001, S. 99f.; auch Kohlmorgen 2004, S. 189). Neue Formen von Arbeitsverträgen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverträge oder Scheinselbstständigkeit) durchlöchern arbeits- und sozialrechtliche Schutzbestimmungen und Sicherungen und reduzieren die Beiträge zu den Töpfen der Sozialversicherungen. Diese zunehmende Differenzierung von Arbeitsverhältnissen mit einem je unterschiedlichen Grad an sozialer Sicherheit verweist auf wesentliche Momente, die Gesellschaft, Politik und Individuen im Postfordismus bestimmen: Spaltung, Individualisierung, Isolierung und Entsolidarisierung. Paradigmatisch für das Ende der Inklusionspolitik stehen die Angriffe auf den Sozialstaat in ihren verschiedenen Varianten.⁶

Vor diesem Hintergrund erhält der Staat eine neue Bedeutung und Aufgaben:

Staatsaufgaben werden nicht nur reformuliert, sie werden zum Teil auch verlagert. Der (National-)-Staat spielt dabei selbst eine durchaus zwiespältige Rolle. So stellt er sich einerseits als Verteidiger nationaler Interessen dar, andererseits ist er, wie Suzanne Bergeron (2003, S. 65) konstatiert, selbst Komplize der Kräfte ökonomischer Globalisierung. Der Nationalstaat ist dabei sowohl Instrument der Anpassung an Bedürfnisse transnationaler Konzerne und des Finanzkapitals als auch Kampfplatz für die konkrete Umsetzung und Ausformung der Wettbewerbsfähigkeit; denn der Umbau zum ‚Wettbewerbsstaat‘ vollzieht sich innerhalb bestehender national variierender Institutionen und politischer Kulturen (Deppe 1997, S. 137f.; Jessop 1998, S. 264). Wenngleich der Staat nicht erodiert, so ist doch ein Aufweichen nationalstaatlicher Souveränität festzustellen. Die Möglichkeit, innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen Macht auszuüben, wurde eingeschränkt,

6 Die drei wesentlichen Kritikpunkte, die von (neo-)liberal-konservativer Seite vorgebracht werden, argumentieren – *erstens* – damit, dass die Beschränkung wirtschaftlicher Freiheit ‚notwendig‘ eine Beschränkung der politischen und persönlichen Freiheit nach sich zieht (vgl. z. B. Hayek 1945, Friedman 1971). Daneben entwickelte sich – *zweitens* – eine sogenannte Missbrauchs- oder ‚Sozialschmarotzerdebatte‘. Sie stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Erwerbsarbeitslosen in Folge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und diente zugleich schon als Rechtfertigung für erste Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich, die bald folgen sollten (Butterwegge 1998, S. 65ff.) und kehrt nun in regelmäßigen Abständen wieder. *Dritter* und jüngster Angriffspunkt ist die sogenannte Standortdebatte; hier wird der Sozialstaat als Wettbewerbsnachteil für den nationalen Wirtschaftsstandort diskutiert (vgl. z. B. Deppe 2006; Ganßmann 2006; Butterwegge 1998).

es kam zu einer komplexen Verschiebung von Macht. Die Bedeutung supranationaler Staatensysteme aber auch von verschiedenen regionalen und transnationalen Körperschaften nahm zu (Jessop 2007, S. 227f.): Politische Entscheidungen werden immer öfter von internationalen, exklusiven Machteliten wie der World Trade Organisation (WTO), dem Internationaler Währungsfonds (IWF), der Weltbank oder Global Players in Gestalt transnationaler Konzerne gefällt, die sich keiner demokratischen Legitimation stellen und für lokale Bevölkerungen ‚unerreichbar‘ sind (Kreisky 2001, S. 154).

Joachim Hirsch konstatiert vor diesem Hintergrund eine grundlegende Aushöhlung demokratischer Institutionen, die mit zwei einflussreichen Entwicklungen einhergeht: (1) der wachsenden Abhängigkeit der Regierungen von internationalen Kapitalbewegungen und damit der Abkoppelung politischer Entscheidungen von den im liberaldemokratischen System institutionalisierten Prozessen und (2) einer zunehmenden regionalen und sozialen Spaltung der Gesellschaft. Damit werden Grundlagen der liberalen Demokratie angegriffen: das Prinzip der verantwortlichen Regierung und die allgemeine Staatsbürgerschaft, die mit zunehmender sozialer Ungleichheit ihren materiellen Gehalt verliert (Hirsch 1998, S. 55).

Nicht mehr soziale Inklusion und Gerechtigkeit sind vorrangige Ziele, sondern die Stärkung des Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb. Die damit verknüpfte Forderung nach einer Kostensenkung für Unternehmen ging mit der Reduzierung oder Abschaffung von Vermögenssteuern einher, mit einer Senkung der Arbeitskosten durch die Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen. Die daraus resultierende partielle Entkoppelung von Erwerbstätigkeit und Existenzsicherung hatte weitreichende Auswirkungen, die sich in einer mangelnden Zukunfts- und Planungssicherheit für weite Teile der Bevölkerung ausdrückt. Damit wurden – nicht nur die sozialen – StaatsbürgerInnenrechte beschränkt: Sie werden individualisiert, d. h. wieder stärker abhängig von Faktoren wie Bildung, Einkommen, Region und Mobilität – Ressourcen, die entlang von Geschlecht, Klasse und Ethnie ungleich verteilt sind (Sauer 2006, S. 69; Jenson 1997, S. 244f.). Der Vorrang von Maßnahmen zur Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen gegenüber der Gleichberechtigung der StaatsbürgerInnen reduziert den Raum, in dem BürgerInnen gemeinsam sozial und politisch handeln können und beschneidet damit politische Rechte. Gleichzeitig nimmt die Anerkennung und Legitimität von intermediären Verbänden (v. a. der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretung), welche die Kluft zwischen den formalen StaatsbürgerInnenrechten und dem tatsächlichen Zugang zu ihnen verringerten, deutlich ab (Jenson und Phillips 1996, S. 517, Aulenbacher und Riegraf 2012, S. 65.).

Soziale Verhältnisse wurden im Zuge der Individualisierung sozialer Problemlagen kaum noch als asymmetrische Machtverhältnisse und im Zusammenhang

mit gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion verstanden. Politische Regulierung und Machtausgleich zugunsten des strukturell schwächeren Parts wurde damit obsolet. Als zentraler Wert kristallisierte sich ein individualistischer oder perversierter Freiheitsbegriff heraus, der soziale Gleichheit nicht mehr als Voraussetzung von Freiheit für alle anerkennt (Weiss 2012, S. 129ff.).

3 Einverleibung der Kritik: eine Trennung von Zusammenhängen

In der Krise des (fordistischen) Kapitalismus war auch die Kritik der sozialen Bewegungen – wenn auch nicht intendiert – wesentliches Antriebsmoment seines Restrukturierungsprozesses: die Einverleibung der aus den sozialen Bewegungen stammenden Forderungen und kritischen Praxen half bei der Überwindung der Legitimationskrise, in dem die alternativen Werte (Selbstverwirklichung, Kreativität, individuelle Autonomie, Authentizität etc.) nun für die Reorganisation des Kapitalismus neu – und getrennt von der Sozialkritik – interpretiert und umgeformt wurden (Boltanski und Chiapello 2003; Haug 2000, Burkart 2012). Die Subjektivierung der Arbeit und die Konstituierung des sogenannten „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007), als Sozialfigur des Postfordismus speisen sich auch aus der Auflehnung gegen das ‚tayloristische Kommandosystem‘ und den Freiheitsrevolten der 1960er und -70er Jahre (Bologna 2006, S. 145ff.).

Die für den Postfordismus charakteristisch gewordene Auflösung der Trennung von Arbeits- und Lebenswelt geht damit einher, dass zunehmend die ganze Persönlichkeit – charakterisiert durch sogenannte ‚soft skills‘ – in der Erwerbsarbeit gefordert ist. Damit wurde ein neuartiges Ein- und Übergreifen der Erwerbssphäre in das Private der Individuen etabliert. Gerade diese Anerkennung der ‚ganzen Person‘ – basierend auf der Kritik an der Entfremdung der Arbeit und der „Disziplinarordnung der Fabrik“ – bedeutet, dass nicht mehr nur Leistung, sondern Persönlichkeit und Charakter der Beschäftigten einer Beurteilung ausgesetzt sind (Kohlmorgen 2004, S. 209; Boltanski und Chiapello 2003, S. 505). Mit dem Modell der fordistischen Lohnarbeit wurde aber auch das an sie geknüpfte System der sozialen Sicherung in Frage gestellt. Luc Boltanski und Ève Chiapello stellen dazu in ihrem Werk „Der neue Geist des Kapitalismus“ die Hypothese auf, „dass der Kapitalismus zu jedem Zeitpunkt seiner Entwicklung beide Emanzipationsformen [sozioökonomische Umverteilung und kulturelle Anerkennung, A.W.] nicht im selben Maße bietet und das er tendenziell auf dem einen Gebiet zurücknimmt, was er auf dem anderen zugesteht“ (2003, S. 469). Mit dem Aufbruch der 68er rückte

die Künstlerkritik⁷ in den Mittelpunkt (Boltanski/Chiapello 2003, S. 215f.), deren Emanzipationsforderungen der ‚neue kapitalistische Geist‘ inkorporierte. Wie Ulrich Bröckling (2007) stellen sie fest, dass sich die Sprache der emanzipatorischen Bewegungen in Bruchstücken in der Management- und Erfolgsratgeber-Literatur der 1980er, 1990er und 2000er Jahre wiederfindet.

Hier kann freilich die Frage nach der Reichweite und der Vermittlung dieser Konzepte gestellt werden oder für welche gesellschaftlichen Gruppen sie relevant sind (z. B. Burkart 2012, S. 167ff.). Aber auch wenn der Ausgangspunkt im Managementbereich und der Wissens- und Kommunikationsbranche liegt, kann durchaus von einer Verallgemeinerung bestimmter Anforderungen ausgegangen werden. Mit einer ‚Ideologie der Eigenverantwortung‘ und der Anforderung ‚unternehmerisch tätig‘ zu sein, werden alle Gesellschaftsmitglieder angesprochen. Wie Thomas Lemke ausführt, ermutigt der Neoliberalismus „die Individuen, ihrer Existenz eine bestimmte unternehmerische Form zu geben“ (Lemke 1997, S. 254). Technologien der Selbstregierung ermöglichen es, die Individuen anzuleiten und zu führen, „ohne für sie verantwortlich zu sein“ (Lemke 1997, S. 253). Was dabei als Aufgeben sozialer Verantwortung (wie sie im Fordismus verstanden wurde) durch den Staat deutlich zu Tage tritt, erscheint in der Sprache neoliberaler Politikkonzepte als Autonomie und Selbstverantwortung der Individuen.

Das zeigt sich gerade im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, wo *Aktivierung* und *Employability* zentrale Begriffe geworden sind, die die Eigenverantwortung der Individuen vermitteln. Franz Schultheis bezeichnet *Employability* als Leitkonzept des „neuen Geistes des Kapitalismus“ (2013, S. 65); ab Mitte der 1990er Jahre bestimmte es die Strategien zur europäischen Beschäftigungspolitik, nationale Arbeitsmarktpolitik und die Ausrichtung der Arbeitsmarktverwaltungen. Dabei wird deutlich, dass v. a. im Segment der geringer qualifizierten Beschäftigten die neuen Konzepte nicht (nur) im Weg der Überzeugung sondern auch mit Mitteln des Zwangs durchgesetzt werden. Bekannte Phrasen dazu sind die „Aktivierung von Arbeitslosen vor passiver Versorgung“ oder einer „Modernisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen“⁸ in der Arbeitslosenversicherung, „um die Anreize für

7 Boltanski und Chiapello definieren in ihrem Werk zwei Arten von Kritik: Während die *Künstlerkritik*, Freiheit, Autonomie und Authentizität fordert, basiert die *Sozialkritik* auf Solidarität, Sicherheit und Gleichheit, die sich gegen Ausbeutung und Ungleichheit richtet.

8 Unter die Modernisierung der Zumutbarkeitsbestimmungen, die in Österreich im Rahmen des sogenannten Flexicurity-Paketes (in Anlehnung an die Lissabon-Strategie) am 01.01.2008 in Kraft getreten sind, fallen unter anderem folgende Maßnahmen: Die zumutbaren, täglichen Wegzeiten wurden verlängert, bei Teilzeitarbeit auf 1,5 Stunden und bei Vollzeitarbeit auf 2 Stunden. Auch eine von AMS-Partnern vermittelte Stelle

die Arbeitsaufnahme zu stärken“ (Weiss 2012, S. 154) – kaschiert werden damit die zunehmenden Sanktionen und Zwangsmaßnahmen gegen Arbeitslose (Dörre 2009, S. 68). Aktivität meint hier nicht (mehr) die Befähigung der BürgerInnen zu politischer Partizipation, Teilhabe, Selbstverwirklichung etc., sondern die Überwälzung staatlicher Verantwortung für die Integration der Gesellschaftsmitglieder in Arbeitsmarkt und Erwerbsleben auf die Einzelnen.

Die „Anerkennung“ der Armen

Ab den 1990er Jahren wurde Armut wieder verstärkt öffentlich und politisch verhandelt, nicht zuletzt aufgrund der damals etablierten europäischen Armutsberichterstattung, die auch die nationale Armutsforschung anregte. Allerdings ist kritisch anzumerken, dass die Auseinandersetzung vorwiegend deskriptiv blieb und weniger auf eine Analyse von Verursachungszusammenhängen im Sinne politischer Steuerungsdefizite abstellte (Fink 2010, S. 63). Die Thematisierung von Armut in der Europäischen Union, wie auch von Sozialpolitik, stand ab den 1990er Jahren in starkem Zusammenhang mit einem verengten Fokus auf Arbeitsmarktpolitik. Obwohl es Anfang der 2000er Jahren noch ambitioniertere Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung gab (die erste Phase der Lissabon-Strategie bis 2004), die mit einer Betonung sozialer Rechte einherging, blieb das zentrale Instrument gegen diese Problemlagen die Beschäftigungspolitik (Daly 2010, S. 22ff.). *Das Konzept der Beschäftigungspolitik – Employability –, das zugleich auch Strategie gegen Armut sein soll, verweist dabei auf die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Individuen, Interesse an der eigenen Arbeitskraft am Markt zu wecken. ‚Behandelt‘ werden derlei Defizite dann auch individuell, durch life long learning und Qualifizierungsmaßnahmen. Arbeitsmarktpolitische Gesamtstrategien, wie Arbeitszeitverkürzung oder der Ausbau eines staatlichen Sektors für soziale Dienstleistungen bleiben außen vor. Die soziale Verantwortung des Staates, vermittelt durch Umverteilungspolitik und eine Regulierung des Marktes, wurde ersetzt durch eine Rhetorik der Anerkennung, die insbesondere in die europäische Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie in die Konzeption von sozialer Kohäsion Eingang gefunden hat.*

muss angenommen werden. Bei Ablehnung einer solchen Stelle ist die Sperre des Arbeitslosengeldes möglich. Die Mindestverfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe zu erlangen oder zu erhalten, beträgt 20 Stunden. Geben freie DienstnehmerInnen oder Selbstständige die nun auch in die Arbeitslosenversicherung integriert sind (erstere verpflichtend, zweitere freiwillig) ihre Erwerbstätigkeit freiwillig oder selbst verschuldet auf, so trifft sie, wie abhängig Beschäftigte, eine vierwöchige Sperre des Arbeitslosengeldes (BMWA 2008, 190).

Angesichts dieser partiellen Aufkündigung sozialer StaatsbürgerInnenrechte nimmt es nicht wunder, dass auch dem Konzept der sozialen Kohäsion in der Europäischen Union eine individualistische Ausrichtung zugrunde liegt. Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen, wie das Konzept zu fassen sei, wird kritisiert, dass es im politischen Diskurs unspezifisch bleibt, soziale Ungleichheit eher kaschiert und in diesem Sinn ein „Quasi-Konzept“ ist – flexibel genug, um sich den Notwendigkeiten der Tagespolitik anzupassen. Eine zentrale Frage ist also, in welchem politisch-historischem Kontext ein Konzept wie das der sozialen Kohäsion steht und welche Dimensionen davon aufgegriffen werden (Jenson 1998, S. 3ff.; Bernard 1999, S. 2).⁹

Paul Bernard (1999, S. 5) hebt dementsprechend hervor, dass im politischen Diskurs die Dimension der sozialen Gleichheit meist keine Erwähnung findet. Auf europäischer Ebene ist das Konzept der sozialen Kohäsion seit Ende der 1990er Jahre präsent: 1997 wurde das *Europäisches Komitee für soziale Kohäsion* eingerichtet, das eine entsprechende Strategie entwickeln sollte, 2000 wurde es in die Lissabon-Strategie (Europäischer Rat 2000) integriert und in der Europa-2020-Strategie von 2010 gehört soziale Kohäsion zu den prioritären Zielen (Europäische Kommission 2010, S. 5). Was darunter im europäischen Kontext zu verstehen ist, wird in dem Dokument „Die neue Strategie und Aktionsplan des Europarates für soziale Kohäsion“ erläutert:

Investitionen in eine Gesellschaft, in der sozialer Zusammenhalt herrscht, fordern von uns auch, politische Schritte zu setzen, mit denen jedem Menschen Anerkennung für sein Potenzial, einen Beitrag zu besserer Lebensqualität für alle zu leisten, zuteil wird. Alle, auch die Ärmsten, haben Fähigkeiten, die für die soziale Kohäsion eingesetzt werden können, und sind wertvolle Mitglieder der Gesellschaft. Eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung könnte zum Instrument der Mobilisierung werden, sinnstiftend wirken und allen Menschen Perspektiven für ein erfülltes Leben geben, besonders jenen, die ausgegrenzt sind und in ihrem Umfeld keine aktive Rolle spielen (Europäischer Rat 2010, S. 4).

Ebenso wie in den Zielen und Leitprinzipien zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010, nimmt der Begriff der Anerkennung eine zentrale Rolle ein; gesetzt wird auf eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit oder die Bekämpfung von Stereotypen und Stigmatisierungen (Weiss 2012, S. 140). Hier wird

9 Jenson und Paul Bernard beziehen sich in der Definition des Konzepts auf Judith Maxwell: „Social cohesion involves building shared values and communities of interpretation, reducing disparities in wealth and income, and generally enabling people to have a sense that they are engaged in a common enterprise, facing shared challenges, and that they are members of the same community“ (Maxwell 1996, S. 13, zit.n. Jenson 1998, S. 3).

deutlich, wie ‚falsch‘ eine Rhetorik der Anerkennung klingt, wenn es um Klassenunterschiede, sich verschärfende soziale Ungleichheit und mangelnde Umverteilung geht. Im Kontext neoliberaler Politik kann dies als Strategie der Individualisierung sozialer Ungleichheit begriffen werden: Konzepte der Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitiken werden eingesetzt, um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zu marginalisieren. Auch wenn mangelnde Anerkennung eine Rolle spielt (siehe die Debatte um „Classism“), ist klassenförmige Ungerechtigkeit in letzter Instanz durch die Wirtschaftsstruktur kapitalistischer Gesellschaften begründet (Fraser 2003, S. 37), die nicht durch eine Politik der Anerkennung behoben werden kann.

Gender und Diversity

Anders verhält es sich bei Diskriminierungsformen, die gleichzeitig sowohl kulturell als auch sozioökonomisch vermittelt sind, wie bei Gender und ‚Race‘ (vgl. Fraser 2001). Frauen- als auch Bürger- und Menschenrechtsbewegungen kritisierten – wenn auch mit z. T. unterschiedlichem Fokus – sozioökonomische Ungleichheit, kulturelle Missachtung und mangelnde politische Repräsentation gleichermaßen. Die Konzepte Gender Mainstreaming und Diversity Management entstammten diesen sozialen Bewegungen (Wöhl 2007, S. 77; Krell und Sieben 2011, S. 160f.), sie stehen im Rahmen europäischer Politik aber auch für eine bürokratische Top-Down-Strategie und eine mit ihrer realen Umsetzung einhergehenden ‚Einkapselung‘ in neoliberale Politikkonzepte.

Auch wenn manche feststellen, dass Gender Mainstreaming wieder Bewegung in die gleichstellungspolitische Debatte brachte und damit eine starke (rechtliche) Durchsetzungskraft verbunden sei (Andresen und Koreuber 2009, S. 19) – nicht zuletzt durch die Verankerung in den beschäftigungspolitischen Leitlinien des Amsterdamer Vertrages von 1999 – so ist doch gleichzeitig eine weitgehende Stilllegung der vielfältigen feministischen Diskurse in der Öffentlichkeit und ein Mangel an konkreten Definitionen und Umsetzungsstrategien zu konstatieren. Darüber hinaus wurde gerade Gender Mainstreaming gegen ‚traditionelle‘ Frauenförderungs- und Gleichstellungspolitik in Position gebracht (Weiss 2012, S. 175, S. 196ff., Schunter-Kleemann 2001, S. 20). Der größte Mangel besteht aber wohl darin, dass das Konzept – wenn auch ursprünglich sehr viel umfassender gedacht – in der Europäischen Union beinahe ausschließlich im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zum Tragen kommt und damit seines strukturellen Sinns beraubt wurde (Soiland 2004, S. 100). So wurde aus der feministischen Kritik am männlichen Familienlohn und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung eine Politik der Arbeitsmarktintegration, die Frauen zwar als Marktsubjekte aber nicht als

Bürgerinnen ‚emanzipierte‘ – der Wert und die Bewertung von Arbeit kam ebenso wenig auf die (gleichstellungs-)politische Agenda wie die Reproduktionsarbeit (Weiss 2012, S. 133ff.).

Im Gegensatz zu Gender Mainstreaming war Diversity Management von Beginn an klar als betriebswirtschaftliche Strategie definiert: es geht um Wettbewerbsvorteile durch Nutzung der Vielfalt der Belegschaften und deren ‚spezifische Potentiale‘ in Unternehmen bzw. Organisationen. Im Zuge von Globalisierung und Internationalisierung der Märkte wurden die ehemals monokulturell weißen und männlichen Organisationen nachhaltig verändert. Hochqualifizierte MitarbeiterInnen sollten nicht durch Ausgrenzungs- und Homogenisierungsstrategien demotiviert oder ausgeschlossen werden, stellen sie doch eine wichtige Ressource dar, die Unternehmen an sich binden wollen (Wetterer 2003, S. 8f.). Damit einher geht die Gefahr einer Ontologisierung von ‚Wesenheiten‘ die bestimmten sozialen Gruppen zugeschrieben werden. Denn sowohl Gender Mainstreaming als auch Diversity Management sind in der politischen, betrieblichen oder der Praxis von Verwaltungen kaum mehr verbunden mit den theoretischen Überlegungen feministischer Theorie und Praxis (vgl. Schunter-Kleemann 2006).¹⁰

Die erhoffte Erweiterung von Gleichstellungspolitik über Frauen und Männer hinaus (Krell und Sieben 2011, S. 156) und das Verständnis von Gender als auch von Diversity als Konstrukt, bleiben dabei auf der Strecke, befinden wir uns doch gerade in einer Zeit, die geradezu besessen ist von Unterschieden zwischen den Geschlechtern.¹¹ Angelika Wetterer spricht von einer

‚Vereinschaftung der Differenz‘ [...], wenn empirisch vorfindliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern nicht auf die sozialen Strukturzusammenhänge zurückgeführt werden, die sie hervorbringen, sondern statt dessen als Ausdruck einer Verschiedenheit verstanden werden, die in den Frauen als Frauen bzw. in den Männern als Männern selbst begründet liegt (2003, S. 19).

10 Gudrun-Axeli Knapp (2011) plädiert deshalb für eine theoretisch reflektierte Gleichstellungspolitik. Sie enthält eine dreifache Perspektive, in der Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion miteinander verknüpft sind: (1) Gleichheit ist dabei als Politik der Antidiskriminierung, die sich gegen die Bevorzugung von Männern richtet zu begreifen; (2) Differenz wird als Effekt von gesellschaftlichen Strukturen verstanden; (3) Dekonstruktion ist als Kritik der Vereinschaftung von (Geschlechter-)Differenz zu verstehen: Identitätskategorien zur Fundierung von Politik und Stereotypisierungen sollen vermieden werden (Knapp 2011, S. 76).

11 Von der Werbung, der zunehmenden Ausdifferenzierung geschlechtsspezifischer Produkte oder Lebensberatungsliteratur bis hin zu elite- oder antifeministischen Diskursen findet eine permanente Reinszenierung von Männlichkeit und Weiblichkeit als ‚anthropologische Konstanten‘ statt.

Ausdruck findet dies in Konstrukten wie dem ‚weiblichen Führungsstil‘ und selbst das ‚weiblichen Arbeitsvermögen‘ taucht unter veränderten Vorzeichen wieder auf. In der Betonung der Differenz geht das Ziel der Gleichheit weitgehend verloren, sie markiert vielmehr einen Rückschritt hinter die Entwicklung feministischer Theorie und Praxis. Manging Diversity steht damit nicht für eine Politik der Gleichheit, sondern viel mehr für Verbesserungen für Wertschöpfungsstarke (Wetterer 2003, S. 9) und Wettbewerbsvorteile für Unternehmen. Diskriminierung wird hier vor allem als Haltung der dominanten Gruppen verstanden, insofern sind Gender- und Diversity-Trainings zur Auflösung von Stereotypen und zur Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen wesentliche Instrumente (Krell 2011, S. 8), die ‚harten‘ Strukturen sozialer Ungleichheit geraten damit aber aus dem Blickfeld.

Denn bei den meisten positiven Bezugnahmen auf Diversity Management und Gender Mainstreaming bleibt außen vor, dass die gleichstellungspolitischen Bestrebungen der Europäischen Union gleichzeitig durch Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte konterkariert werden. Nicht zuletzt deshalb hält Susanne Schunter-Kleemann fest, dass Gleichstellung in der Arbeitsmarktpolitik, ohne Einbettung in eine sozialstaatliche Gesamtstrategie nicht gelingen kann (2001, S. 21). Was gelungen war, ist eine Verkürzung von Gleichstellungspolitik auf die Dimension der Arbeitsmarktintegration und ihre Indienstnahme für ökonomische Zwecke. Nicht nur klassenförmige Ungleichheit, auch die ‚patriarchale Dividende‘ und ‚weiße Privilegierung‘ verschwinden so hinter einer entleerten Differenzrhetorik, die nicht mehr Dominanz, Herrschaft, Unterordnung und Ausbeutung, sondern lediglich Verschiedenheit oder Vielfalt meint (Weiss 2008, S. 116; Sauer 2008, S. 249).

4 Resümee und Ausblick

Was im Zuge neoliberaler Hegemoniebildung gelungen scheint, ist eine Gleichsetzung bzw. ein Verschwimmen zwei grundverschiedener Freiheitsbegriffe. Wie Pierre Bourdieu schon Ende der 1990er Jahre feststellte, fließen die „als wirtschaftliches *laissez faire*, als freie Machtausübung des Geldes verstandene Freiheit und die als Grundlage der Demokratie begriffene Freiheit“ (Bourdieu 1997, S. 15f.), die mit gesellschaftlicher und politischer Teilhabe verknüpft ist, ineinander; der politische Freiheitsbegriff geht dabei verloren bzw. löst sich im wirtschaftlichen auf. Gleichheit als Voraussetzung von Freiheit wird negiert und beide Begriffe erscheinen immer mehr als Gegensatzpaar. Das verweist auf einem tiefgreifenden Wandel grundlegender gesellschaftlicher Werte, der eine Abwertung von Solidarität und Gleichheit etablierte. Der französische Theoretiker Etienne Balibar zieht zur Ver-

deutlichung der Problematik von Freiheit und Gleichheit das historische Beispiel der Französischen Revolution heran und merkt an, dass wo immer Menschen für Freiheit gekämpft haben, sie den Weg dorthin mit soziale Gerechtigkeit verbanden. So hatten auch die RevolutionärInnen von 1789 „zwei Gegner und zwei Prinzipien *gleichzeitig* bekämpft: den *Absolutismus*, der als Negation der Freiheit erschien [...] und die *Privilegien*, die als Negation der Gleichheit erschienen“ (Balibar 1993, S. 108, Hervorhebungen im Original).

Politik und Ideologie des Neoliberalismus liefern viele der Begrifflichkeiten (Eigenverantwortung, Autonomie, unternehmerisches Tätigsein, Aktivierung etc.), mit denen StaatsbürgerInnenschaft neu konstituiert wurde. Daraus entwickeln sich alternative Staatsbürgerschaftspraktiken, die zu einem neuen Regime kombiniert werden. Die im fordistischen Kapitalismus institutionalisierten Formen verlieren an Bedeutung oder verändern sich, indem die Vorstellungen über grundlegende Werte zunehmend individualistisch gefasst werden. Wie schon erwähnt, beschränkt dies den Raum und die Möglichkeiten kollektiven politischen und sozialen Handelns (Jenson/Phillips 1996, S. 517; Jenson 1997, S. 241). Deshalb ist es heute theoretisch und politisch vordringlich die gegenseitige Bedingtheit von Umverteilung und Anerkennung sowie von Freiheit und Gleichheit für eine demokratische Gesellschaftsordnung und -entwicklung zu betonen. Denn ein individualistischer Freiheitsbegriff unterminiert letztlich nicht ‚nur‘ soziale Inklusion und die Integrationskraft der Gesellschaft, er beschränkt – durch Prekarisierungsprozesse – auch die Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen, also die Freiheit des Großteils der Gesellschaftsmitglieder.

Die Umformung von Kritik und kritischen Praxen, die Boltanski und Chiapello (2003, S. 472) beschreiben, geht mit einer Gleichzeitigkeit von Freiheitsgewinn und der Schaffung neuer Unterdrückungsformen einher: „Weil [...] zwischen beiden Emanzipationsformen eine starke Interdependenz herrscht, wirken die Gewinne oder Zugeständnisse, die in einem Bereich erzielt werden, in den anderen Bereich zurück“ (Boltanski/Chiapello 2003, S. 469). Autonomie und Selbstbestimmung werden eingeschränkt; es ist gerade die spezifische Konstruktion des neoliberalen, unternehmerischen, autonomen Individuums mit der geforderten Projektorientierung, das paradoxerweise „tendenziell die Minimalform pluraler Lebensformen und Identitäten (Status- und Rollenvielfalt in den verschiedenen Kontexten von Beruf, Familie, Verein usw.)“ (Boltanski und Chiapello 2003, S. 471) zerstört. Was bleibt ist allenfalls eine Freiheit der Eliten, an deren Möglichkeiten sich ein individualistischer Freiheitsbegriff letztlich orientiert.

Dieser Vereinnahmungsmechanismus oder die ‚Entwaffnung der Kritik‘, wie sie Boltanski und Chiapello beschreiben, sind aber nicht ‚programmiert‘, sie entstehen in einem Prozess der Desartikulation von Kritiken. Alex Demirović

(2008) kritisiert deshalb, dass Boltanski und Chiapello eine objektiv bestehende Distanz zwischen beiden Formen der Kritik nahelegen – die in einem gewissen Gleichklang mit der (neo-)liberalen Entgegensetzung von Gleichheit und Freiheit stehen – und damit die kulturelle Bedeutung der Sozialkritik als auch die soziale Dimension der Künstlerkritik ignorieren (Demirović 2008, S. 18f.). Der Leugnung von klassenförmiger Ungerechtigkeit im neoliberalen Kapitalismus darf in diesem Sinn nicht mit einer Renaissance des ökonomischen ‚Hauptwiderspruchs‘ begegnet werden, sondern mit einer Synthese von Sozial- und Künstlerkritik. Es gilt aber auch die übergeordneten Herrschaftsverhältnisse, die tragend für die Organisation gesellschaftlicher Reproduktion sind, im Blick zu behalten und die zentralen Strukturkategorien (Klasse, Geschlecht, Ethnizität/„Rasse“) historisch zu rekonstruieren, ihre Zusammenhänge und ihren Formenwandel zu analysieren (Klinger 2008, S. 55).

Mit Nancy Fraser (2009) soll deshalb an die politischen und theoretischen Traditionen der neuen Frauenbewegung erinnert werden, die aus der spezifischen Situation von Frauen heraus einen erweiterten Begriff der Gerechtigkeit entwarf und an die Stelle des in den 1960er und 1970er Jahren dominanten monistischen, ökonomistischen ein dreidimensionales Gerechtigkeitsverständnisses setzte, das sowohl Wirtschaft als auch Politik und Kultur umfasste:

What was truly new about the second wave was the way it wove together, in a critique of androcentric state-organized capitalism, three analytically distinct dimensions of gender injustice: economic, cultural and political (Fraser 2009, S. 99).

Verbunden war und ist damit ein komplexer Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung, der sich als Verbindung von Umverteilungs- und Anerkennungspolitik beschreiben lässt, der sowohl die Dynamik ökonomischer als auch kultureller Diskriminierung von Frauen und deren vielfältige Verwobenheit artikuliert. Den Fokus auf die Verwobenheit der Strukturen zu legen, die Ungleichheit hervorbringen, ist Ausgangspunkt für emanzipatorische Politik und kritische Theorie.

Literatur

Andresen S, Koreuber M (2009) Gender und Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Eine Einführung. In: Andresen S, Koreuber M, Lüdke D (Hrsg) Gender und Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Interdisziplinärer Dialog zur „Modernisierung“ von Geschlechter- und Gleichstellungspolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S 19–33

- Aulenbacher B, Riegraf B (2012) „Jung kaputt spart Altersheim.“ Arbeit und Daseinsfürsorge, Gleichheit und Gerechtigkeit im postfordistischen Arbeitsgesellschaften. In: Kubicek B, Miglbauer M, Muckenhuber J, Schwarz C. (Hrsg) Arbeitswelten im Wandel. Interdisziplinäre Perspektiven der Arbeitsforschung. Facultas, Wien, S 63–79
- Balibar E (1993) „Menschenrechte“ und „Bürgerrechte“. Zur modernen Dialektik von Freiheit und Gleichheit. In: Balibar E (Hrsg) Die Grenzen der Demokratie. Argument, Hamburg, S 99–123
- Becker-Schmidt R, Knapp G-A (2003 [2000]) Feministische Theorie zur Einführung. Junius, Hamburg
- Bergeron S (2003) Polit-Ökonomische Diskurse über Globalisierung und feministische Politik. In: Scharenberg A, Schmidtke O (Hrsg) Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen. Westfälisches Dampfboot, Münster, S 55–77
- Bernard P (1999) Social Cohesion: A Critique. CPRN Discussion Paper No. F/09, Ottawa.
- Bologna S (2006) Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur Neuen Selbstständigkeit. Nausner&Nausner, Graz/Wien
- Boltanski L, Chiapello È (2003 [1999]) Der neue Geist des Kapitalismus. UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz
- Bourdieu P (1997) Die fortschrittlichen Kräfte. In: Bourdieu P, Debons C, Hensche D, Lutz B u. a. (Hrsg) Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. VSA-Verlag, Hamburg, S 11–25
- Bröckling U (2007) Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Buci-Glucksmann C, Therborn G (1982) Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesinialisierung“ der Gesellschaft. VSA-Verlag, Hamburg
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) (2008). Wirtschaftsbericht Österreich 2008. Rot-weiß-rote Erfolgsgeschichte, Wien. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Documents/Wirtschaftsbericht%20%C3%96sterreich%202008.pdf>. Zugriffen: 23. Dezember 2013
- Burkart G (2012) Boltanski/Chiapello: Ein feministischer Geist im neuen Kapitalismus? In: Kahlert H, Weinbach C (Hrsg) Zeitgenössische Gesellschaftstheorien und Genderforschung. Gesellschaftstheorien und Gender. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S 149–171
- Butterwegge C (1998) Wohlfahrtsstaat am Ende? – Stationen einer ideologischen Neuvermessung des Sozialen. In: Ders., Hickel R, Ptak R (Hrsg) Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Elefanten Press, Berlin, S 61–97
- Butterwegge C (1999) Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Leske + Budrich, Opladen
- Crouch C (2008) Postdemokratie. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Cyba E (2000) Geschlecht und soziale Ungleichheit. Konstellationen der Frauenbenachteiligung. Leske + Budrich, Opladen
- Daly M (2010) Lissabon und die Folgen. Der europäische Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in den letzten zehn Jahren. Kurswechsel, H 3/2010: S 19–33
- Demirović A (2008) Leidenschaft und Wahrheit. Für einen neuen Modus der Kritik. In: Demirović A (Hrsg) Kritik und Materialität. Westfälisches Dampfboot, Münster, S 9–40

- Deppe F (2006 [2001]) Vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsregime. In: Appelt E, Weiss A (Hrsg) Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Argument, Hamburg, S 21–45
- Deppe F (1997) Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert. Papyrossa, Köln
- Dörre K (2001) Gibt es ein nachfordistisches Produktionsmodell? Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen im flexiblen Kapitalismus. In: Candeias M, Deppe F (Hrsg) Ein neuer Kapitalismus? VSA-Verlag, Hamburg, S 83–107
- Dörre K (2009) Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre K, Lessenich S, Rosa H (Hrsg) Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Suhrkamp, Frankfurt a. M., S 21–86
- Esping-Andersen G (1998a [1990]) The three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton University Press, Princeton/New Jersey
- Esping-Andersen G (1998b) Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich S, Ostner I (Hrsg) Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Campus, München, S 19–56
- Europäische Kommission (2010). Mitteilung der Kommission, Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>. Zugriffen: 23. Dezember 2013
- Europäischer Rat (2000). Europäischer Rat 23.-24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon. <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/BeschluesseDe.pdf>. Zugriffen: 23. Dezember 2013
- Europäischer Rat (2010) Die neue Strategie und Aktionsplan des Europarates für soziale Kohäsion, verabschiedet vom Ministerkomitee des Europarates am 7. Juli 2010. <http://www.coe.int/t/dg3/socialpolicies/source/Die%20neue%20Strategie%20und%20Aktionsplan%20des%20Europarates%20f%C3%BCr%20soziale%20Koh%C3%A4sion%20dt-%20Version.pdf>. Zugriffen: 23. Dezember 2013
- Fink M (2010) Die Bekämpfung von Armut und Sozialer Ausgrenzung in Österreich vor dem Hintergrund der Europäischen Strategie zur Sozialen Eingliederung. Kurswechsel, H3/2010: S 60–72
- Fraser N (1994 [1989]) Die Frauen, die Wohlfahrt und die Politik der Bedürfnisinterpretation. In: Fraser N (Hrsg) Widerspenstige Praktiken. Macht Diskurs, Geschlecht. Suhrkamp, Frankfurt a. M., S 222–248
- Fraser N (2001 [1997]) Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in „postsozialistischer“ Zeit. In: Fraser N (Hrsg) Die halbierte Gerechtigkeit. Suhrkamp, Frankfurt a. M., S 23–66
- Fraser N (2009) Feminism, Capitalism and the Cunning of History. New Left Review 56: S 97–117
- Fraser N, Honneth A (2003) Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Friedman M (1971) Kapitalismus und Freiheit. Seewald, Stuttgart
- Gaßmann H (2006 [2001]) Soziale Sicherheit und Kapitalmobilität. Hat der Sozialstaat ein Standortproblem? In: Appelt E, Weiss A (Hrsg) Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Argument, Hamburg, S 47–64
- Guger A et al. (2009) Umverteilung durch den Staat in Österreich (WIFO), Wien

- Haug F (1996) Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. In: Haug F (Hrsg) *Frauen-Politiken. Argument*, Berlin/Hamburg, S 155–175
- Haug F (2000) Globale Umbrüche und Geschlechterverhältnisse. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg) *Globalisierung und Geschlecht. Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien*. Karl Dietz Verlag, Berlin, S 68–81
- Hayek F A von (1945) *Der Weg zur Knechtschaft*. Rentsch, Erlenbach/Zürich
- Hirsch J (1998) *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*. ID Verlag, Berlin
- Jenson J (1995) Extending the Boundaries of Citizenship: Women's Movement of Western Europe. In: Amrita Basu (ed.): *The Challenge of Local Feminisms. Women's Movement in Global Perspective*. Westview Press, Boulder/San Francisco/Oxford, S 405–434
- Jenson J (1997) Die Reinstitutionalisierung der Staatsbürgerschaft. In: Becker S, Sablowski T, Schumm W (Hrsg) *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Argument*, Berlin, S 232–247
- Jenson J (1998) Mapping Social Cohesion: The State of Canadian Research, CPRN Study No. F/03, Ottawa
- Jenson J, Phillips S (1996) Staatsbürgerschaftsregime im Wandel – oder: Die Gleichberechtigung wird zu Markte getragen. Das Beispiel Kanada. *Prokla* 105: S 515–542
- Jessop B (1998) Nationalstaat, Globalisierung, Gender. In: Kreisky E, Sauer B (Hrsg) *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. PVS Sonderheft 28/1997*: S 262–292
- Jessop B (2007) *Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften*, hrsg. von Bernd Röttger und Victor Rego Diaz. Argument, Hamburg
- Karazman-Morawetz I, Pelikan C, Pilgram A (2000) Die politische Thematisierung von sozialer Exklusion in Österreich. In: *Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2000. Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr. Nomos*, Baden-Baden, S 61–80
- Klinger C (2008) Überkreuzende Identitäten – Ineinandergreifende Strukturen. Plädoyer für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte. In: Klinger C, Knapp G-A (Hrsg) *Über Kreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz. Westfälisches Dampfboot*, Münster, S 38–67
- Knapp G-A (2011) Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion und Intersektionalität: Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die gleichstellungspolitische Praxis. In: Krell G, Ortlieb R, Sieben B (Hrsg) *Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen*. Springer, Wiesbaden, S 71–82
- Kohlmorgen L (2004) Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. *Westfälisches Dampfboot*, Münster
- Kreisky E (1995) Der Staat ohne Geschlecht?. Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung. In: Kreisky E, Sauer B (Hrsg) *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Campus, Frankfurt/New York, S 203–222
- Kreisky E (2001) Weltwirtschaft als Kampffeld: Aspekte des Zusammenspiels von Globalismus und Maskulinismus. *ÖZP: 30^{te}*: S 137–159
- Krell G (2011) Grundlegend: Ecksteine, Gleichstellungscontrolling und Verhältnis von Gender und Diversity. In: Krell G, Ortlieb R, Sieben B (Hrsg) *Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen*. Springer, Wiesbaden, S 3–24

- Krell G, Sieben B (2011 [1997]) Diversity Management: Chancengleichheit für alle und auch als Wettbewerbsvorteil. In: Krell G, Ortlieb R, Sieben B (Hrsg) Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Springer, Wiesbaden, S 155–173
- Lemke T (1997) Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analysen der modernen Gouvernementalität. Argument, Hamburg
- Mahnkopf B (1998) Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte. Blätter für deutsche und internationale Politik Jg 43, H 11: S 1318–1330
- Mahnkopf B (2000) Formel I der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. Prokla 121: S 489–525
- Marshall T H (1992) Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, hrsg. von Elmar Rieger. Campus, Frankfurt/New York
- Marterbauer M (2011) Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Deuticke, Wien
- Neyer G (1997) FeMale. Geschlechterkonstruktionen in der Sozialpolitik. Das Beispiel der Lohnarbeitsmarkt- und Sozialpolitikformierung in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert. In: Kreisky E, Sauer B (Hrsg) Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechterkritische Inspektionen der Kategorien einer Disziplin. Campus, Frankfurt/New York, S 137–160
- Orloff A S (1993) Gender and the social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. American Sociological Review: 58/3, S 303–328
- Sauer B (2006) „Feminisierung“ eines männlichen Projekts? Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung. In: Appelt E, Weiss A (Hrsg) Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Argument, Hamburg, S 67–83
- Sauer B (2008) Formwandel politischer Institutionen im Kontext neoliberaler Globalisierung und die Relevanz der Kategorie Geschlecht. In: Casale R, Rendtorff B (Hrsg) Was kommt nach der Genderforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung. Transcript, Bielefeld, S 237–254
- Schultheis F (2013) Über Leben in der neuen Arbeitswelt: subjektive Zeugnisse und soziologische Diagnosen. In: Weiss A (Hrsg) Unternehmerisch und erschöpft? Anforderungen und Widersprüche von Arbeit und Lebensgestaltung. ÖGB-Verlag, Wien, S 61–86
- Schunter-Kleemann S (2001) Gender Mainstreaming. Neoliberale Horizonte eines neuen Gleichstellungs-Konzeptes. Kurswechsel, H3/2001: S 15–25
- Schunter-Kleemann S (2006) Gender Mainstreaming und die Ziele der Neuen Frauenbewegung(en) – Uneindeutigkeiten und der Verlust des Politischen. In: Gubitzer L, Schunter-Kleemann S (Hrsg) Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende? Kritische Reflexionen einer weltweiten Strategie. Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M., S 39–67
- Soiland T (2004) Gender. In: Bröckling U, Krasmann S, Lemke T (Hrsg) Glossar der Gegenwart. Suhrkamp, Frankfurt a. M., S 97–104
- Valchars G (2007) Wahlrechte von NichtstaatsbürgerInnen in Österreich. In: Fassmann H (Hrsg) 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen. Drava, Klagenfurt/Celovec, S 127–130
- Weiss A (2008) Zwischen Männerbund und Gender Mainstreaming. Bedingungen und Perspektiven von Frauenpolitik. In: Buchmayr M (Hrsg) Alles Gender? Feministische Standortbestimmungen. Studienverlag, Innsbruck/Wien/Bozen, S 113–125

- Weiss A (2012) Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus. Westfälisches Dampfboot, Münster
- Wetterer A (2003) Gender Mainstreaming & Managing Diversity. Rhetorische Modernisierung oder Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik? Die hochschule 2/2003. http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/03_2/Wetterer_Gender_Mainstreaming.pdf. Zugegriffen: 1. Jänner 2014
- Wöhl S (2007) Staat und Geschlechterverhältnisse im Anschluss an Antonio Gramsci. In: Buckel S, Fischer-Lescano A (Hrsg) Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Nomos, Baden-Baden, S 67–83

Europäische Minderheiten
Im Dilemma zwischen Selbstbestimmung und
Integration

Schnebel, K.B. (Hrsg.)

2014, XII, 440 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-04713-9